

## **Rede Solidemo Beamt\*innen und gegen Kürzungen 21.03.26 in Frankfurt**

Liebe Kolleg\*innen,

auch von mir im Namen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft einen wunderschönen Samstagmittag!

Mein Name ist Thilo Hartmann, ich bin Landesvorsitzender der GEW in Hessen.

Gewerkschaftliche Kämpfe, Tarifikämpfe gehen nur solidarisch und ihr alle zeigt heute, dass wir Beschäftigten im Öffentlichen Dienst uns nicht spalten lassen! Es ist großartig, dass ihr alle hier seid. Und es ist großartig, dass wir so viele sind!

Wir sind heute hier, weil wir solidarisch sind mit unseren tarifbeschäftigten Kolleg\*innen.

Wir sind heute auch hier, weil wir einfordern, dass das Land Hessen sich an geltendes Recht hält, sei es bei der verfassungskonformen Besoldung oder bei der Erfassung der Arbeitszeit. Es muss endlich Schluss damit sein, dass viele von uns Woche für Woche bis an die Grenze und darüber hinaus arbeiten müssen, um den Laden am Laufen zu halten.

Wir sind darüber hinaus heute aber auch hier, weil wir uns gemeinsam und solidarisch hinter all die stellen, die von den verheerenden Kürzungen der Landesregierung im Bildungsbereich ganz besonders betroffen sind!

Die, die besonders betroffen sind, das sind die Schüler\*innen mit geringen Deutschkenntnissen. In den letzten Jahren wurden die Arbeits- und Lernbedingungen immer weiter verschlechtert. Während die Klassen zum Lernen der deutschen Sprache immer größer gemacht wurden, hat das Kultusministerium die Stundenzahl gekürzt. Man müsse das machen, weil man keine Lehrkräfte habe, wurde uns damals gesagt. Sobald die Zahlen zurückgehen, werde man die Verschlechterungen zurücknehmen, wurde uns versprochen. Jetzt gehen die Zahlen zurück. Jetzt hätte man die Lehrkräfte. Und was macht die Landesregierung? Sie kürzt 40 Millionen Euro in der Integration, streicht hunderte Stellen und nennt das Anpassung. Herr Schwarz, wir nennen das eine Schande und wir lassen Ihnen das nicht einfach durchgehen!

Die, die ebenfalls besonders betroffen sind von den Kürzungen, das sind die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und die Ausbilder\*innen. In Hessen fehlen mindestens 10.000 ausgebildete Lehrkräfte. Besonders gravierend ist der Mangel an Grundschulen, an Förderschulen, an Berufsbildenden Schulen und bei den Haupt- und Realschullehrkräften. Und was macht die Landesregierung? Sie beauftragt eine Unternehmensberatung, um festzustellen, dass der Vorbereitungsdienst zu opulent ausgestaltet ist. Und setzt den Rotstift an. 35 Millionen Euro will man sparen, indem man die Ausbildungsbedingungen verschlechtert und zwei landeseigenen Bildungsstätten schließt. Das ist fahrlässig, das ist kurzsichtig, das ist das Gegenteil von intelligenter und vorausschauender Politik. Dagegen werden wir uns wehren, liebe Kolleg\*innen!

Die, die darüber hinaus ebenfalls besonders betroffen sind von den Kürzungen, das sind die Schulen, die eine sozialindizierte Zuweisung erhalten. Die Schulen, die von besonders vielen Schüler\*innen aus sozioökonomisch benachteiligten Familien besucht werden. Der Bildungserfolg hängt in Deutschland aber immer stärker vom Bildungshintergrund und dem

Portemonnaie der Eltern ab. Zu diesem Schluss kommen nicht nur wir, zu diesem Schluss kommen auch das ganz bestimmt nicht gewerkschaftsnahe ifo-Institut oder die FAZ. Von 650 Stellen sollen beim Sozialindex 300 wegfallen. Das ist nicht nur eine bildungspolitische Bankrotterklärung, das ist ein unverantwortliches Harakiri. Ihren unsozialen Kürzungen zeigen wir heute gemeinsam die rote Karte!

Die, die ebenfalls besonders betroffen sind von den Kürzungen, das sind die Integrierten Gesamtschulen. Die Schulen, an denen das längere gemeinsame Lernen besonders im Fokus steht. Die Schulen, die häufig unter besonders herausfordernden Bedingungen arbeiten. Weil hier die Zahl der Schüler\*innen, die einer besonderen Unterstützung bedürfen, ganz einfach höher ist als anderswo. Wo man Binnendifferenzierung durch Fördermaßnahmen pädagogisch begleitet. Notwendig, gerecht und gut, sagen Bildungsforscher\*innen. Privilegiert, nennt das der Kultusminister. Unfair anderen Schulformen gegenüber. Auch hier setzt diese Landesregierung den Rotstift an.

Allein durch die Kürzungen beim Sozialindex und bei den Gesamtschulen werden in Hessen 10.000 Unterrichtsstunden fehlen. Woche für Woche! Das bedeutet schlechtere Förderung da, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Das bedeutet steigende Arbeitsbelastung dort, wo bereits jetzt viel zu häufig Land unter ist! Dies ist nicht nur ein Angriff auf die Bildungschancen der Schüler\*innen, dies ist auch ein Angriff auf unsere Arbeitsbedingungen! Das können wir uns nicht gefallen lassen und das werden wir uns nicht gefallen lassen, liebe Kolleg\*innen!

Das Beispiel der Integrierten Gesamtschulen zeigt aber auch, dass wir uns gemeinsam gegen diese Bildungspolitik mit der Abrissbirne wehren können. Verschämt und halbherzig wurden diese Kürzungen auf ein Jahr begrenzt. Und so schlimm es ist, dass sie im nächsten Schuljahr greifen, so richtig ist es auch, dass es unser gemeinsamer Verdienst ist, wenn die Landesregierung sie wieder zurücknehmen muss!

Liebe Kolleg\*innen, Kürzungen sind nicht unausweichlich. Sie sind kein Naturgesetz, sie sind eine bewusste politische Entscheidung. Und wir lassen uns auch nicht erzählen, dass das hessische Schulsystem gut aufgestellt sei, nur weil der Kultusetat auf über 6 Milliarden Euro steigt. Die Steigerung lässt sich auf zwei Dinge zurückführen: Zum einen sind die Schüler\*innenzahlen gestiegen. Zum anderen hat die Landesregierung Wortbruch begangen und die ausgehandelte Besoldungserhöhung verschoben. Natürlich hat das den Etat im letzten Jahr entlastet und schlägt nun voll zu Buche. Und natürlich ist der Anstieg vom letzten auf dieses Jahr dann etwas größer. Davon ist aber keine einzige Unterrichtsstunde mehr erteilt und keine einzige Überstunde verhindert. Herr Schwarz, wir lassen uns von Ihnen nicht für dumm verkaufen!

Diese Landesregierung entscheidet sich ganz bewusst, bei den sozioökonomisch Schwächsten zu sparen. Bei denen, die ohnehin benachteiligt sind. Damit legt sie die Axt an den gesellschaftlichen Zusammenhalt, damit legt sie die Axt an das gesellschaftliche Versprechen der Bildungsgerechtigkeit. Eine Landesregierung, die sehenden Auges so unsozial handelt, braucht ganz dringend diesen Werteunterricht, den sie anderen so gerne angeidehen lassen möchte.

Liebe Kolleg\*innen, Kürzungen im Bildungsbereich oder sonstwo im öffentlichen Dienst sind nicht unausweichlich. Sie sind Folge bewusster politischer Entscheidungen! Zum Auftakt der Tarifverhandlungen sagte der hessische Innenminister Poseck den anwesenden Tarifbeschäftigten, er habe ja Verständnis für ihre Lage. Und auch er wolle nicht, dass die Beschäftigten des Landes am Ende des Monats Nudeln mit Ketchup essen müssten. Nun sei halt aber kein Geld im Landeshaushalt und daher müsse er Geld, das er den Beschäftigten gebe, woanders wegnehmen. Im Übrigen müssten wir die Haushaltslage des Landes zur Kenntnis nehmen.

Herr Poseck, die Haushaltslage des Landes Hessen haben ganz bestimmt weder die Beschäftigten, noch die Schüler\*innen oder ihre Eltern zu verantworten. Wenn Sie zu wenig Geld im Landeshaushalt haben, dann holen Sie es sich endlich da, wo das Geld zu finden ist: bei den Firmenerb\*innen und Überreichen! Diese Steuern landen direkt im Landeshaushalt und es ist Ihre Partei, es ist die CDU, die jeden Vorstoß hierzu abbügelt. Lassen Sie sich gesagt sein: Wir zahlen nicht die Zeche für Ihre Steuergeschenke an Überreiche!

Liebe Kolleg\*innen,

in der kommenden Woche findet die dritte Verhandlungsrunde zum Tarifvertrag Hessen statt. Die Kraft von heute nehmen wir mit in die kommende Warnstreikwoche und die Verhandlungen!

Zeigen wir der Landesregierung: wir sind solidarisch mit den Tarifbeschäftigten!

Aber nicht nur in der nächsten Woche kommt es auf jede und auf jeden an!

Zeigen wir der Landesregierung: wir lassen uns nicht spalten!

Zeigen wir den unsozialen Kürzungen im Bildungsbereich die rote Karte!

Aus Kassel und aus Frankfurt geht heute eine Botschaft ins politische Wiesbaden:

Wir sind und wir bleiben laut, bis die letzte dieser Kürzungen zurückgenommen wurde. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Geld für Bildung!

Vielen Dank und Glück auf!